



Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Kontoverbindung

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10
BIC: GENODED1SPK
Steuernummer: 207/107/603315
Vereinsregister Amtsgericht Köln VR 9394

Präsident

Nazih Musharbash

Vizepräsidenten

Dr. Detlef Griesche
Ursula Mindermann
Gisela Siebourg
Dr. Ribhi Yousef

Herrn
Bundesaußenminister Heiko Maas
Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Kontakt

Nazih Musharbash

Hagenberg 58
D-49186 Bad Iburg
musharbash@dpg-netz.de

per Email
310-rl@auswaertiges-amt.de

Bad Iburg, 09.05.2021

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister,
die gemeinsame „Erklärung von Sprechern der Außenministerien Deutschland, Frankreichs, Italiens, Spaniens und des Vereinigten Königreichs zu israelischen Siedlungen“ vom 6. Mai 2021 haben wir zur Kenntnis genommen und auf unserer Homepage veröffentlicht.

Mit großer Sorge müssen wir feststellen, dass sich die Situation in Jerusalem und darüber hinaus zunehmend verschlechtert:

- Israel verweigert der palästinensischen Bevölkerung ihr Grundrecht auf Wahlen in Ost-Jerusalem auszuüben,
- Präsident Abbas verschiebt die Wahlen,
- jüdische „Siedler“ erheben Besitzansprüche auf Wohnungen in Scheick Jarah und werden von den israelischen Sicherheitskräften, bei ihren aggressiven Vertreibungsversuchen von palästinensischen Bewohnern, unterstützt,
- andere jüdische „Siedler“ vertreiben palästinensische Familien unter Bewachung der israelischen Armee aus ihren Häusern, so in Silwan, Bethlehem und Hebron mit der Ansage: „Der israelische Staat ist selbst durch Diebstahl entstanden und kann uns nicht daran hindern, das gleiche zu tun.“
- israelische „Sicherheitskräfte“ behindern Palästinenser*innen am Besuch der Al-Aksa Moschee und des Haram Al-Sharif,
 - vertreiben Hirten und Bauern im nördlichen Jordantal,
 - verhaften willkürlich Palästinenser*innen in Nablus, Ramallah und Bethlehem, und
- Soldaten schießen auf Jugendliche, verletzen oder gar töten sie.

Die Reaktionen der um ihr Recht betrogenen Palästinenser*innen, egal zu welchen sie greifen, geben den israelischen Kräften genug Anlass, noch stärker und noch gewaltsamer vorzugehen.

Die Erklärungen und die Stellungnahmen Ihres Ministeriums gehen in der Regel von einem sehr zurückhaltenden Verständnis für die israelischen Vorgehensweisen aus. In anders gelagerten Fällen in anderen Weltregionen sind Ihre Erklärungen weitaus differenzierter und eindeutiger.

Wo bleibt die Empörung der deutschen Bundesregierung gegen die andauernde völkerrechtswidrige Annexion und Ausbreitung des jüdischen Charakters der Stadt, einhergehend mit einer beabsichtigten Auslöschung der arabischen Identität von Ost-Jerusalem?

Wir fordern Sie auf, keine Doppelmoral zu verfolgen, sondern alle Missstände und Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenrechte überall, also auch in Palästina und in Israel zu ahnden und mit drastischen Maßnahmen zu sanktionieren. Damit könnten Sie Israel, dem Sie verpflichtet sind, in einer längeren Perspektive mehr helfen.

Mit freundlichen Grüßen

Nazih Musharbash
Präsident der Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.